



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/228 - 8. 10. 1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Schicksalhafte Debatte	S. 1
Die USA und die Entwicklung in Indochina	S. 3
Hollweber auf "neuem Kurs"	S. 4
"Die goldene Hand" in Bayern	S. 6

Ohne Wiedervereinigung kein dauerhafter Frieden

sp - Für das Verhältnis von Regierungskoalition und Opposition in Fragen der Außenpolitik hat auch die große Donnerstag-Aussprache im Bundestag keine Änderung gebracht. Ein Unterschied, oder, wenn man will, ein Fortschritt mag darin liegen, dass die FWG für die deutsche Sozialdemokratie schlechthin unannehmbar war, während die Ablehnung der Londoner-Akte - vorbehaltlich mancher Unklarheiten, die behoben werden müssen - nur bis zum Nachweis der Unmöglichkeit gilt, die deutsche Wiedervereinigung auf dem Verhandlungswege zu erreichen.

Andererseits hat man sogar den Eindruck, dass der militärische Zusammenschluß Westeuropas in den Augen der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien noch stärkere Priorität vor der Wiedervereinigung bekommen hat. Denn auch die militärische Verflechtung Westeuropas in einem Bündnissystem wurde geradezu als Voraussetzung für aussichtsvolle spätere Verhandlungen mit der Sowjetunion bezeichnet. Herr v. Brentano erklärte zu den Vorschlägen Molotows, sie enthielten nichts, was auch nur einen Millimeter über das in Berlin Gesagte hinausgehe. Ein solcher Vorschlag sei nicht wert, ernstlich diskutiert zu werden.

Das geschah fast zur gleichen Stunde, in der der französische Ministerpräsident Mendès-France vor der Nationalversammlung zum gleichen Thema seinen Willen bekundete, die Abrüstungsvorschläge Wyschinskis in der UNO (die übrigens der Vorsitzende der SPD, Hr. Lehler, in Bonn "verblüffend konkret" nannte) und die Bereitschaft Molotows zu einem neuen Deutschlandgespräch gewissenhaft und sorgfältig zu prüfen. Man wird gerade Herrn Mendès-France nach dem, was er in der kurzen Zeit seiner Ministerpräsidentschaft erreicht hat, kaum als Illusionisten abtun können. Genau das, was Mendès-France als verantwortli-

cher französischer Staatsmann dem französischen Parlament zusicherte, wollte auch die SPD mit ihrer EntschlieÙung bei der Bundesregierung erreichen. Diese EntschlieÙung wurde gegen die Stimmen der Opposition in den AuÙenpolitischen Ausschuss überwiesen und damit für die praktische Politik der nächsten Wochen weitgehend entwertet.

Die EntschlieÙung bedeutet keineswegs eine Absage an die Londoner Vereinbarung. Ihr Sinn war vielmehr, die drei Westmächte und die Bundesregierung auf eine Politik festzulegen, die dem Versuch einer internationalen Entspannung durch neue Verhandlungen mit der Sowjetunion mindestens das gleiche Gewicht gibt wie der Vorbereitung einer gemeinsamen Stärkung der westlichen Verteidigungskraft durch die Aufstellung von zwölf deutschen Divisionen. Der Hinweis des Kanzlers, dass die Berliner Konferenz und der nach ihr fortgesetzte Notenaustausch zwischen den Westmächten und der Sowjetunion ja die Zwecklosigkeit eines solchen Gesprächs mit den Sowjets erwiesen habe und diese nun erst einmal die letzte Note der Westmächte beantworten müssten, kann nicht überzeugen.

In der Bundestagsdebatte selbst wurde der Bericht des Politischen Ausschusses des Europarates verlesen, der die eindeutige Feststellung enthält, dass die Berliner Konferenz an dem mangelnden Willen beider Seiten scheiterte, dem Partner über die Bekanntgabe der eigenen Maximalforderungen hinaus ernsthaft entgegenzukommen. Wenn in der Vorstellung der verantwortlichen westlichen Staatsmänner eine Wiedervereinigung Deutschlands nur wünschbar ist, wenn ein einheitliches Gesamtdeutschland ohne Vorbehalt und also auch militärisch dem Westen verbunden wird, wenn für die Sowjets andererseits dieses vereinigte Deutschland nur in der Gestalt eines neuen Satelliten denkbar ist und wenn jeder von beiden auf dieser Auffassung beharrt, dann allerdings ist eine deutsche Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden unmöglich.

An dieser Kernfrage der deutschen Politik, die noch nie so klar zu Tage trat wie in dieser schicksalhaften Bundestagsdebatte, setzt die Sozialdemokratische Partei den MeÙel an. Ihre Vorschläge sind keineswegs neu, sie kamen in ihren Umrissen auch in früheren Bundestagsdebatten zur Sprache und fanden in den EntschlieÙungen des letzten

Parteitages in Berlin ihren konkreten Niederschlag. Sie werden ohne Zweifel das Gesicht der Diskussion über eine aktive deutsche Politik hinsichtlich der Wiedervereinigung sowohl in der deutschen als auch in der Weltöffentlichkeit wesentlich mitbestimmen, denn niemand kann bestreiten, dass sie das ernsthafte Bemühen darstellen, aus dem verhängnisvollen Kreislauf herauszukommen, in dem die Deutschlandpolitik der vier Besatzungsmächte festgefahren ist, eine Politik für die auch die Londoner Akte keinen Ausweg darstellt.

Das Scheitern des EVG-Vertrages ist der große Einschnitt in der außenpolitischen Entwicklung der ganzen letzten Jahre. Immer wieder ist von sozialdemokratischer Seite gefordert worden, dass nun ein Prozess des Umdenkens und des Beschreitens neuer Wege zu beginnen habe. Die Richtung, in der das geschehen sollte, ist von der Opposition am Donnerstag aufgezeigt worden. Diese Überlegungen haben den gleichen Ursprung und kommen aus der gleichen leidenschaftlichen Bemühung um einen dauerhaften Frieden wie jene Sätze des indischen Chefdelegierten bei der UNO, Krischna Menon, der sagte: "Deutschland ist das Herzstück des gesamten Friedegefüges. In Europa beginnen die großen Kriege. Ein deutscher Friede ist notwendig für den Weltfrieden. Der Friede in Deutschland aber hängt von der Wiedervereinigung ab."

Die Politik der Bundesregierung aber verschiebt diesen Tag der deutschen Wiedervereinigung auf unabschbare Zeit und bringt die Gefahr mit sich, dass auf der Grundlage eines gespaltenen Deutschlands auch die große West-Ost-Spannung anhält oder sich erneut verschärft, mit all den Konsequenzen, die sich daraus ergeben.

+

+

+

Frankreich liquidiert in Indochina

W.G. Das Schicksal des französischen Expeditionskorps in Indochina ist mit dem in Washington Ende September zwischen den USA und Frankreich vereinbarten Räumungstermin für den März des Jahres 1956 endgültig besiegelt und damit die hundertjährige französische Kolonialpolitik im Fernen Osten liquidiert worden. Aus dem Wortlaut des Washingtoner Kommuniqués gewinnt man den Eindruck, als ob Frankreich darauf gedrängt hätte, seine Truppen, insgesamt 185 000 Mann, schon früher abziehen und damit seine Stellung in Europa, gegenüber Deutschland, verstärken zu können.

Ob dieser Eindruck richtig ist, bleibt zweifelhaft. Die Vereinigten Staaten hätten auch nach Abschluß des Waffenstillstandes die finanzielle Hauptlast für die Versorgung der französischen wie auch der vietnamesischen Truppen übernehmen müssen - eine Verpflichtung, die sie, wie sich jetzt herausstellte, nicht mehr eingehen wollten. Die 700 Millionen Dollar, die nach amerikanischen Schätzungen jährlich für die Indochinahilfe notwendig sind und die bisher an Frankreich bezahlt worden waren, werden in Zukunft den Regierungen von Vietnam, Laos und Kambodscha direkt zufließen. Damit ist nicht nur der Unterhalt des französischen Expeditionskorps in Frage gestellt, sondern auch der Export Frankreichs nach Indochina getroffen. Der indochinesische Markt an europäischen Bedarfsartikeln war bisher durch die Bindung des Piasters an den französischen Franken ausschließlich ein Monopol Frankreichs. Mit den nun zur Verfügung stehenden Dollarbeträgen aber werden die Regierungen von Vietnam, Laos und Kambodscha in der Lage sein, dort einzukaufen, wo sie es für vorteilhaft halten.

Ein Vorspiel zur Liquidierung der französischen Position in Vietnam war die Kontroverse zwischen dem Ministerpräsidenten Diem und dem Oberkommandierenden der Vietnam-Armee, General Hinh. Die Tatsache, dass Hinh den Rang eines Obersten der französischen Armee bekleidet, ließ auf enge Bindungen an Frankreich schließen, die vielleicht dem als nationalistisch geltenden Ministerpräsidenten Diem und den mit ihm sympathisierenden Amerikanern mißfielen. Mit der Drohung, dass die USA

die Zahlungen für die Truppen des aufständigen Generals sperren können war der Konflikt als eine französisch-amerikanische Auseinandersetzung über die künftige Indochina-Politik erkennbar, die nach amerikanischer Ansicht nur über die völlige Unabhängigkeit der Indochina-Staaten und die Ausbeugung des französischen Einflusses ihr Ziel - einen Erfolg bei den in zwei Jahren stattfindenden allgemeinen Wahlen - erreichen kann.

Ob diese amerikanischen Erwartungen in Erfüllung gehen werden, ist allerdings fraglich. Weder die Regierung Dien noch die einheimischen Generale können sich in Vietnam auf breitere Volksmassen stützen. Über wirkliche Macht verfügen lediglich die drei Sektoren Hoa Hao, Cao Dai und Binh Xuyen, die mit ihren Privatarmeen weite Teile des Landes kontrollieren. Die regulären Truppen der Vietmin (die jetzt das nördliche Indochina beherrscht) sollen gemäß den Beschlüssen der Genfer Konferenz unter Aufsicht einer gemischten Kommission in drei im Westen, Süden und Süden des Landes gelegenen Zonen konzentriert werden. In den Dörfern aber, die von Vietmin geräumt wurden, bleibt dennoch ihr Einfluß erhalten, und von amerikanischer Seite wird die Frage gestellt, inwieweit Querverbindungen zwischen den vietnamesischen Nationalisten und den Vietmin bestehen und wie sie sich beim Abzug der französischen Truppen auswirken könnten.

Die Parteigänger Ho-Tschih-Minh, des Führers der Vietmin, der als nationaler Befreiungsheld über das größte Prestige verfügt, brauchen in einer so verfahrenen Situation wohl nur den Rücken ihren Lauf zu lassen, um ihres endlichen Erfolges sicher zu sein. Das Fehlen einer politischen Idee oder auch nur einer klaren Politik in Südvietsnam kommt ihnen zu Hilfe

+ + +

Hollweber auf "neuem Mars"

M.A. - Berlin

Der sowjetische Hochkommissar Fuschkin hat an den US-Hochkommissar Conant eine Protestnote gerichtet, in der er, wie es bereits mehrfach seine Vorgänger Semjonow und Tschuikow taten, die Auflösung einer Reihe

von angeblichen Westberliner "Sabotage- und Spionage-Organisationen" forderte. Neu und aufschlussreich ist an diesem Dokument, dessen Annahme von Conant verweigert wurde, allein die Tatsache, dass Puschkin darin erklärt, es hätten sich 100 "Agenten des Testens" in der Sowjetzone freiwillig dem kommunistischen Staatssicherheitsdienst gestellt.

Ganz gleich, wie weit diese Erklärung den Tatsachen entspricht, sie zeigt eine neue Taktik der Organe des Staatssicherheitsdienstes, die bisher allein mit der brutalen Faust gegen die Gegner des Regimes vorgingen, jetzt jedoch zu verfeinerten Methoden in der Bekämpfung der Widerstandsfront greifen. Die von Puschkin behauptete Selbstgestellung von 100 "Agenten" wird als Resultat dieser angeblich erfolgreichen neuen Methode präsentiert. Ihr Ziel besteht darin, durch den Einsatz des kommunistischen Staatssicherheitsdienstes nicht nur einschüchternd zu wirken, sondern als Frucht seiner Tätigkeit auch eine Bekehrung von Widerstandskämpfern vorzutäuschen. Neben der selbstverständlich auch weiterhin gültigen Unterdrückungsaufgabe der Pankower Gestapo, ist ihr hier ein Auftrag bescheinigt worden, der ein Ziel in der Verwirrung und damit psychologisch wirkungsvollen Schwächung der Widerstandsfront gegen das SED-Regime hat.

Diese neue Perspektive konnte sich für Pankow und seine Gestapo erst dadurch ergeben, dass sich das gesamtdeutsche Klima für derartige psychologische Attacken günstiger gestaltete. Der Übergang vom John und Schmidt-Wittmack von der westlichen auf die östliche Seite, noch mehr aber die Reaktion des antlichen Bonn darauf, mußten die Kraft der sowjetischen Widerstandskämpfer schwächen. Für Pankows Gestapo war diese Tatsache die Plattform, um eine schon vorher versuchsweise praktizierte neue Kampfmethode gegen die Widerstandskräfte neu aufzunehmen und zu intensivieren. Man kann seitdem von einer Art "neuem Kurs" Wollwebers sprechen.

Es kommt darin zum Ausdruck, dass man den Widerstandskämpfer nicht mehr so sehr als Verräter, sondern als verführten Menschen bezeichnet. Schon aus der ganzen Art der Presseberichterstattung geht diese Tendenz eindeutig hervor, die dem Ziele dient, die Widerstandsfront psychologisch aufzuweichen. Die Angeklagten werden immer mehr als Opfer eines moralischen oder sozial bedingten Defekts hingestellt, die wohl als

Staatsfeinde ebenfalls die ganze Härte der kommunistischen Staatsraison treffen muß, die jedoch durch eine scheinbar objektive Analyse ihrer "verbrecherischen" Haltung gleichzeitig zu einer Umkehrung der Widerstandskämpfer Anlaß geben sollen.

Die politische Tat des Widerstandskämpfers wird zur Endstation eines subjektiv bedingten Irrweges, der mit der Selbstanzeige abschließt. An die Stelle der bisher erpressten Geständnisfreudigkeit tritt in den letzten "Agenten"-Prozessen immer häufiger die Reue des Angeklagten und bei Zeugen, die infolge ihrer Selbstanzeige beim SSD angeblich straflos ausgehen, die "Stimme des schlagenden Gewissens".

Die ganze Tendenz zur psychologischen Verwirrung der Widerstandskreise hat rein äußerlich ihren Schwerpunkt in der Erklärung Wollwebers gefunden, die er vor einiger Zeit vor den Leuna-Arbeitern abgab, deren Widerstandskampf sprichwörtlich für die ganze Zone geworden ist. Die neue psychologische Offensive des SSD wurde damals erstmalig mit der Ankündigung der Straffreiheit für alle jene eröffnet, die sich selbst stellen. Puschkins jetzige Note ist nur die diplomatische Unterstützung dieser neuen Offensive zu betrachten.

Welche Parade zu sentimentale Formen diese neue Taktik Wollwebers annehmen kann, zeigt eine vor längerem auch von zahlreichen Westkorrespondenten besuchte Pressekonferenz in Ostberlin, auf der der Spezialist für die psychologische Kriegführung des SSD, Oberst Borzmann, sieben Jugendlichen die Freiheit wiedergab. In dem amtlichen Bericht hieß es: "Mit tränenerstickter Stimme dankten die Mütter und Väter der Vertreter des SSD dafür, dass sie ihren Söhnen mit tiefem menschlichen Verständnis geholfen haben, wieder in ein ordentliches Leben zurückzukehren."

Diese "Großzügigkeit", die dem brutalen Gesicht Wollwebers die Maske des Menschenfreundes aufsetzen soll, dient wie gesagt, allein dem Zweck, die Widerstandsfrost der Zone, die bisher durch die brutale Gewalt des SSD immer fester zusammengeschweißt wurde, in innersten Kern zu lähmen, wobei man gleichzeitig auf die Täuschung über die politische Entwicklung in Bonn spekulieren zu können glaubt.

"Goldene Hand" und "Rote Spinne"

R.G. Die goldene Hand gehört der bayerischen Wirtschaft, die in regelmäßigen Zeitabständen, nämlich zu jedem Wahlkampf, ihren goldenen

Segen über alle die Parteien austretet, von deren Wirken sie sich die Erhaltung ihres goldenen Glanzes verspricht. Und um diese goldene Hand gibt es zur Zeit in bayerischen Landen einen heftigen Streit.

Er fing damit an, dass der Staatsminister a. D. Dr. Josef Baumgartner, Landesvorsitzender der Bayernpartei, in vorvielsätigtigen Rundschreiben seine Meinung äußerte, dass auch seine Partei kräftig am Fagen der bayerischen Wirtschaft mitziehe und darum die gleiche Menge Hafer zu beanspruchen habe wie die anderen auch, und er forderte, dass die goldene Hand ihren Überfluß nicht wahllos ausschütte, sondern jeder Gruppe - jeder kapitalfreundlichen, versteht sich - wohlabgemessen das ihr zukommende Häuflein auf den Tisch lege.

Diese Stellungnahme hat die sonst in jenen Gruppen geübte Zurückhaltung über die Herkunft ihrer Felder in einen vor aller Öffentlichkeit geführten Disput verwandelt, der den Wähler in allzu peinlicher und allzu drastischer Weise offenbarte, welchen Interessen seine Stimme gegebenenfalls dienen könnte. Ein schreckliches Dilemma vor allem auch für die Partei, die ihren Namen unter das Motto "christlich" und "sozial" stellt und ihr Programm als unter dem gleichen Motto stehend gewertet haben möchte.

Bis dann als rettender Engel die "Rote Spinne" kam, die der satt-sau bekannte CSU-Landtagspräsident Dr. Alois Hundhammer holte, damit sie über die Auseinandersetzung einen feingesponnenen Schleier hülle. Die rote Spinne, die aus dem Osten ihre Klauen nach Europa verschiebe, sagte Hundhammer, sei ungleich gefährlicher als die goldene Hand.

Vielleicht ist Dr. Hundhammer sogar stolz auf diese Ausrede gewesen, die gewiß eine doppelte Wirkung haben sollte, die der Ablenkung von der goldenen Hand und die der in seinen Kreisen so beliebten Anschuldigung, dass die Sozialdemokraten der roten Spinne vielleicht nicht so innam gegenüberstehen könnten wie er und seine CSU.

Nicht fein genug gesponnen aber, als dass die plumpe Torheit solche Ausrede nicht hervorleuchtete. Denn - so sagte es auch unverzüglich der Landesvorsitzende der SPD, Waldemar von Knoeringen - es ist eine geschichtliche Tatsache, dass in erster Linie die SPD den Vormarsch des Kommunismus gestoppt hat; und gewiß könnte heute Dr. Hundhammer seinen "Kulturkampf" nicht so eifrig entfesseln, wenn sie nicht schon frühzeitig die Netze dieser Spinne zerrissen hätte.

Die Sozialdemokratie ist gegen diese Spinne gefeit. Wäre nun die Partei des Dr. Hundhammer auch gegen die goldene Hand gefeit, dann könnte es vielleicht sogar bei uns eine richtige Demokratie geben, in der jedermann gleiche Rechte und gleiche Chancen hat.